

presse

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende
AG Bildung und Forschung

Eltern-Umfrage bestätigt SPD-Politik für Bildung und Familien

*Zu den Ergebnissen der von der Zeitschrift "Eltern" in Auftrag gegebenen Forsa-Studie "Familie und Wahl" erklären die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion **Christel Humme** und der bildungs- und forschungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion **Ernst Dieter Rossmann**:*

91 Prozent der befragten Eltern wollen, dass Bund und Länder in der Bildungspolitik stärker zusammenarbeiten. Zwei Drittel wollen längeres gemeinsames Lernen ihrer Kinder. Und fast 60 Prozent wünschen sich mehr öffentliche Verantwortung für die Bildung. Diese Zahlen zeigen, dass die überwiegende Mehrheit der Menschen eine Bildungspolitik ablehnt, die wie CDU/CSU auf frühe soziale Auslese der Kinder und bildungspolitische Kleinstaaterei setzt.

Für die SPD ist klar: Wir brauchen eine nationale Bildungsoffensive von Bund, Ländern und Kommunen. Dabei müssen die verschiedenen Ebenen zusammenarbeiten statt zu konkurrieren. Das Kooperationsverbot im Grundgesetz, das es Bund und Ländern verbietet, in der Schulpolitik zusammenzuarbeiten, gehört abgeschafft.

Bildung ist Menschenrecht und öffentliches Gut. Kinder brauchen qualifizierte und motivierte Lehrkräfte, eine gute Ausstattung mit Lehrmitteln und renovierte Klassenzimmer. Die soziale Auslese im Schulsystem kann nur durch längeres gemeinsames Lernen und mehr Ganztags-schulangebote überwunden werden. Wir wollen im Grundgesetz die Voraussetzungen dafür schaffen, dass mehr Kooperation in der Bildung möglich ist. Wir wollen, dass der Bund die Zusammenarbeit mit den Ländern sucht, damit die Kinder gute Lebenschancen haben und die Eltern nicht allein gelassen werden.

Die Umfrageergebnisse sind zugleich ein Beleg dafür, dass die Union auch in der Familienpolitik an einem Familienmodell festhält, das die Mehrheit der jungen Menschen als nicht mehr zeitgemäß ansieht. 75 Prozent der Väter und Mütter wünschen sich, Beruf und Familie besser in Einklang bringen zu können. Familien wollen eine gute Bildungs- und Betreuungs-Infrastruktur für ihre Kinder und mehr finanzielle Spielräume.

Das zeigt: Nur sozialdemokratische Familien- und Gleichstellungspolitik entspricht den Wünschen der meisten Menschen. Es ist richtig, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Unterstützung von Alleinerziehenden zum Schwerpunkt einer modernen Familien- und Bildungspolitik zu machen.

Schwarz-Gelb setzt dagegen zu sehr auf das traditionelle Familienbild: Vollzeitjob für den Papa, Familienarbeit und Zuverdienst für die Mama. Dass damit schlechtere berufliche Chancen und Altersarmut für Frauen vorprogrammiert sind, nehmen die Konservativen gern in Kauf.

Gute Bildung für alle und eine zeitgemäße Familien- und Gleichstellungspolitik sind wesentliche Grundbedingungen für soziale Gerechtigkeit. Im Wahlprogramm der Union sucht man den Begriff "soziale Gerechtigkeit" vergebens. Daher ist es auch kein Wunder, dass die Konservativen auch in der Bildungs- und Familienpolitik auf die Wünsche der Eltern von heute und die Herausforderungen von morgen nur Antworten von gestern haben.